

KOALITION SCHAFFT EINIGUNG BEI FISKALPAKT UND ESM

Nr. 12 | 29.06.2012

## Bundestag verabschiedet Gesetzespaket gegen Staatsschuldenkrise

Die christlich-liberale Koalition hat sich in den vergangenen Wochen vehement dafür eingesetzt, dass der Fiskalvertrag und der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) gemeinsam noch vor der Sommerpause verabschiedet werden - mit Erfolg: Am Freitagabend haben Bundestag und Bundesrat jeweils mit 2/3-Mehrheit über das Gesetzespaket zur Schaffung einer Stabilitätsunion entschieden.

### Ratifizierung von Fiskalpakt und ESM

Der Deutsche Bundestag hatte sich in dieser Woche gleich zweimal mit der Europäischen Staatsschuldenkrise zu befassen. Nachdem die Abgeordneten bereits am Mittwoch im Rahmen einer Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel über die Auswege aus der Schuldenkrise beraten haben, stimmten die Parlamentarier am Freitagabend dem Gesetzespaket zur Umsetzung des Fiskalvertrags und des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) mit großer Mehrheit zu. Da für die Verabschiedung des Gesetzespakets jeweils eine 2/3-Mehrheit von Bundestag und Bundesrat erforderlich war, hatte sich die christlich-liberale Koalition im Vorfeld mit den Oppositionsfraktionen und den Bundesländern auf ein Kompromisspaket verständigt und unter anderem die Einführung einer Finanztransaktionssteuer angekündigt.

Auch in Brüssel berieten die EU-Staats- und Regierungschefs über die Wege aus der Krise und haben einen gemeinsamen Wachstumspakt auf den Weg gebracht. Trotz der Zustimmung von Bundestag und Bundesrat zur Ratifizierung des Fiskalpakts und des ESM ist noch unklar, wann beide Verträge genau umgesetzt werden - denn gegen die Verträge wurden bereits Klagen beim Bundesverfassungsgericht eingereicht.

### Starkes Signal an Europa

Die Verabschiedung des Gesetzespakets zum Fiskalvertrag und ESM durch Bundestag und Bundesrat stellt ein starkes Signal für Europa dar: Deutschland ist bereit zu europäischer Verantwortung und steht solidarisch zu seinen europäischen Partnern. Solidarität darf dabei jedoch keine Einbahnstraße sein. Wer Finanzhilfen in Anspruch nehmen möchte, muss konsequent seine Haushalte konsolidieren, Strukturreformen durchführen und Wachstum ermöglichen. Die Ratifizierung von Fiskalvertrag und ESM stellt deshalb einen wichtigen Schritt bei der Bewältigung der Staatsschuldenkrise dar. Beide Verträge zusammen schaffen die Grundlage für eine dauerhafte Stabilitätsarchitektur im Euroraum. Dies durchgesetzt zu haben, ist ein großer Erfolg der unionsgeführten Bundesregierung und der christlich-liberalen Koalition.

## ZEITGEMÄSSE FAMILIENPOLITIK

# Betreuungsgeld und Kita-Ausbau gehören zusammen

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stellt ein zentrales gesellschaftspolitisches Thema für Deutschland dar. Die stetig zurückgehenden Geburtenraten der vergangenen Jahre zeigen, dass es für junge Menschen in unserer Gesellschaft zunehmend schwieriger wird, individuelle berufliche Selbstverwirklichung und Familienplanung miteinander zu vereinbaren. Damit Deutschland auch in Zukunft ein familienfreundliches Land bleibt, setzt sich die christlich-liberale Koalition konsequent für eine Unterstützung junger Familien bei der Kinderbetreuung ein.

## Junge Familien unterstützen

Mit der Einführung eines Rechtsanspruchs auf einen Krippenplatz haben wir bereits eine Möglichkeit für Eltern geschaffen, mit der Familie und Beruf erfolgreich miteinander vereinbart werden können. Daneben muss der Staat aber auch diejenigen Familien unterstützen, die sich für eine Kindererziehung ohne Krippe entscheiden. Denn es kann nicht sein, dass Familien, die ihr Kind selbst betreuen oder die Betreuung anderweitig privat organisieren, keine staatliche Unterstützung erhalten, während der Ausbau eines Krippenplatzes den Staat durchschnittlich rund 1.000 Euro monatlich kostet. Das Betreuungsgeld ist daher nicht nur eine notwendige Ergänzung zur bestehenden Familienförderung, es ist vielmehr auch ein Gebot der Gerechtigkeit. Auch diejenigen Eltern müssen unterstützt werden, die sich bewusst dafür entscheiden, die Erziehung ihres Kindes eigenständig in die Hand zu nehmen.

Die CSU-Landesgruppe setzt sich deshalb weiter für eine zügige Umsetzung des Betreuungsgelds ein - mit Erfolg: In dieser Woche wurde das Betreuungsgeld mit der ersten Lesung nun auf den parlamentarischen Weg gebracht. Vorgesehen war ursprünglich, das Betreuungsgeld noch vor der parlamentarischen Sommerpause zu verabschieden. Mit einem Geschäftsordnungstrick hatte jedoch die Opposition die ursprünglich für Mitte Juni anberaumte erste Lesung des Gesetzes verhindert - trotzdem das Betreuungsgeld in der letzten Wahlperiode schon von der Großen Koalition gesetzlich verankert wurde. Die abschließende Lesung folgt nun nach der Sommerpause.

## Echte Wahlfreiheit schaffen

Ab 2013 können junge Familien dann wählen zwischen einer Geldleistung, mit der Eltern die Betreuung ihres Kindes privat organisieren können, oder einer Sachleistung - nämlich dem Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz. Die CSU-Landesgruppe ist weiter davon überzeugt, dass Eltern verantwortungsbewusst entscheiden können, welche Form der Betreuung für ihr Kind die Beste ist. Mit dem Betreuungsgeld unterstützen wir deshalb junge Eltern, erkennen deren Leistung bei der Kinderbetreuung an und schaffen eine echte Wahlfreiheit für Familien - das bedeutet für uns moderne Familienpolitik.